

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Hans-Michael Goldmann, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7458 –

Mehr Chancen für die Bauwirtschaft durch weniger Regulierung

A. Problem

Deregulierung und Entbürokratisierung der Bauwirtschaft durch Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Flexibilisierung des Tarifrechtes und Legalisierung der betrieblichen Bündnisse für Arbeit durch eine Neuinterpretation des Günstigkeitsprinzips im Sinne des § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/7458 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Dr. Hansjürgen Doss
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Hansjürgen Doss

I.

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7458 – wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Januar 2002 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder überwiesen.

II.

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion haben Mindestlöhne, ausufernde Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, das Entsendegesetz, die Gesetzgebung gegen Scheinselbständige, die Einschränkung befristeter Arbeitsverträge, der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung dazu beigetragen, dass der Bausektor nicht nur durch die konjunkturelle Schwäche, sondern auch durch eine hoch dirigistische Politik noch weiter in die Krise getrieben worden sei. Auch das geplante Tariftreuegesetz wird nach Überzeugung der Antragsteller die Probleme der Bauwirtschaft weiter verschärfen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, einen Zeitplan für eine Deregulierungs- und Entbürokratisierungsoffensive in der Bauwirtschaft vorzulegen. Wesentliche Bestandteile dieser Offensive sollen unter anderem eine Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, eine Flexibilisierung des Tarifrechtes durch Einfügung von gesetzlichen Öffnungsklauseln und eine Legalisierung der betrieblichen Bündnisse für Arbeit durch eine Neuinterpretation des Günstigkeitsprinzips im Sinne des § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz sein. Ferner soll die Bundesregierung die nächsten Steuerreformstufen auf den 1. Januar 2002 vorziehen und die geplante Erhöhung der Ökosteuer zum 1. Januar 2002 aussetzen.

III.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheit der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 13. März 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7458 – zu empfehlen.

Berlin, den 13. März 2002

Dr. Hansjürgen Doss
Berichterstatter

